

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 16

Ersteinst. Sonntags.
Bezugspreis monatlich 20 Pf. Zur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 20. April 1924

Verlagshaus: Berlin O. 2, Breitelstr. 89 IV.
Vertrauf: Merkur 8520.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Wie kannten nur einen Feind!

Unser Feind steht rechts! Geschlossene Front gegenüber allem, was an der Einheit der **Arbeitererschaft** zu rütteln wagt! Mit Stolz konnte die Arbeitererschaft ehemals so ausrufen. Das ist jetzt anders geworden. Heute, wo mehr denn je diese Einheit notwendig wäre, stürmt man von allen Seiten auf sie ein und sucht sie in Stücke zu schlagen. Von rechts drohen die mächtigen **Unternehmerverbände** mit ihren Doktoren und Rechtsgelehrten, die **käufliche Presse** mit ihrer systematischen Vergiftung des Volksgewisses, drohen alle die **Nachwieser des Arbeiter-schweizes** und ihre getreuen Lakaien, drohen die **völkischen Horden** aller Schattierungen über uns und unsere Organisationen herzuführen, um uns in unseren Arbeiten zur Ohnmacht zu zwingen.

Zu allen diesen geborenen Arbeiterfeinden, die rechts von uns stehen, stoßen willkommene **Hilfsstruppen von links**, Teile von unserem Fleisch und Blut, und überbieten jene an schamlosster Verleumdung unserer vielfährigen gewerkschaftlichen Arbeit. Die politischen Mittel- und Rechtsparteien, denen von Anbeginn das gewerkschaftliche Arbeiten als wirksames Mittel zur Beschneidung ihrer Selbstherrlichkeit aufs tiefste verhaßt war, erhalten höchst willkommene Hilfe von fanatisierten Arbeitermassen, die unter der Leitung der **Kommunistischen Partei** in blindwütiger Zerstörungslust die Früchte jahrzehntelanger emsiger Arbeit in Grund und Boden zu trampeln suchen. Was der schärfste Kampf der **Unternehmer**, die Anwendung der brutalsten **Machtmittel des Staates** nicht zuzugebracht hat, das soll jetzt mit Hilfe einer schlagwort- und parolenreichen **Gewaltspolitik moskowitzischer Gewerkschafts-dilettanten** geschehen. **Die Zerstörung unserer Gewerkschaften ist ihr Ziel.**

Von Stunde zu Stunde tritt deren Bestreben immer unverhüllter zutage. Ihre augenblicklichen nur zahlenmäßigen Fortschritte bei verschiedenen der letzten politischen Wahlen basieren nicht auf wirklichen und tatsächlichen Erfolgen für die Arbeitererschaft, sie haben ihren Ursprung lediglich in der **Not unserer Tage**, die so viele Menschen leichter geneigt macht, den phrasenreichsten Versprechungen zu glauben. Wo sie praktische Arbeit im Interesse ihrer Anhänger versuchen, da kommen sie schmachlich in die Brüche, weil sie, bei jeder praktischen Erfahrung, durch **brutale Gewalt** ersehen, was ihnen an **notwendigen Wissen** abgeht.

Was man seither sich scheute, auszusprechen, heute verkündet man es offen, bauend auf den **Mißmut** der vielen vom **Schicksal** Zermürbten und auf die **Auswirkung** so vieler politischer Dummheiten der Staatsgewalten. **Was dann kommt, kümmert sie nicht.** Und darum sollen unsere **gewerkschaftlichen Organisationen** zerstört werden, um der **politischen Partei** der Kommunisten ein größeres Rekrutierungsgebiet zu sichern. Und darum **Arm in Arm** mit den **Scharfmachern** aus dem **Unternehmerlager**, mit der **deutschen-völkischen Knüppelgarde**, mit **Gelben** und **Renegaten** aus dem Arbeiterfande zum **Sturm auf das einzige noch feste Bollwerk der Arbeitererschaft: unsere Gewerkschaften.**

Kann man paktieren mit Menschen, die so mit den Interessen der Arbeitererschaft spielen, die um politische, ihnen vorgeschriebenen Parolen willen die Arbeitermassen schuh- und wehrlos machen?

Kann am Wahltag auch nur ein vernünftig denkender Arbeiter diesen Vabanquepielern seine Stimme geben, ohne sich und seine Interessen selbst aufs schwerste zu schädigen?

Kann ein Gewerkschaftler eine Partei unterstützen, die Tag für Tag mit den denkbar unverschämtesten Verleumdungen und Verdächtigungen über die Gewerkschaften herfällt, der keine Lüge zu dumm ist, um nicht gegen die Gewerkschaften gebraucht zu werden?

Und doch buhlt auch die **Kommunistische Partei** heute recht aufdringlich um die Stimmen der Gewerkschaftler. **Nicht zu dem Zweck, um die Interessen der Arbeitererschaft in den Parlamenten zu vertreten, sondern um jede gesetzgeberische Aktion zugunsten dieser zu sabotieren.**

Die parlamentarische Tätigkeit der Kommunisten dient nicht dem Zweck, Arbeiterforderungen und Wünsche durchzusetzen.

„Die kommunistische Partei beteiligt sich an den Wahlen nur zu **Agitationszwecken**.

Die Kandidaten und Abgeordneten der kommunistischen Partei sind lediglich **Beauftragte** ihrer Partei, die alle Beschlüsse ihrer Partei auszuführen und sich in allen Handlungen und in ihrer Betätigung diesen Beschlüssen unterzuordnen haben.

Keiner der Kandidaten und Abgeordneten darf sich bei seiner Stellungnahme darauf berufen, daß er als ein vom Volk Erwählter nur seinem Gewissen Verantwortung ablege.“

So steht wörtlich im **Verpflichtungsschein** der kommunistischen Kandidaten. Das Interesse der Wähler ist Nebensache, **das Interesse der Parteizentrale** alles. Wer darum am **Wahltag** seine Stimme der kommunistischen Liste gibt, weiß, daß er damit ein **Mandat** ausstellt, auch in seinem Namen die **Zerstörungsarbeit an unseren Gewerkschaften** fortzusetzen. Wer das nicht will, kann der Partei seine Stimme nicht geben, die tagtäglich duhrende **Male** schreibt: **Unser größter Feind** sind die Gewerkschaften.

Für jeden guten Gewerkschaftler, ob Mann, ob Frau, bleibt deshalb nur eine Erkenntnis:

Am Wahltag jede Stimme der Sozialdemokratie!

Entscheidungen zu unseren Reichsarbeitsverträgen.

Zur **Spruchpraxis** des Reichsarbeitsministeriums.

Die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterpresse beschäftigt sich seit Monaten sehr eingehend mit der im Reichsarbeitsministerium eingerissenen für die Arbeitererschaft ganz unverständlichen **Spruchpraxis**. Insbesondere in der Frage der Arbeitszeit sind von dieser höchsten **Schlichtungsstelle** **Schieds-sprüche** gefällt worden, die dem Empfinden vieler Arbeiterkreise auch nicht im entferntesten Rechnung tragen. Aber nicht nur in bezug auf die Arbeitszeit, sondern auch in der Lohnfrage wird von dieser Reichsstelle eine **Spruchpraxis** geübt, die alles andere, nur nicht als **vernünftig** bezeichnet werden kann. Man fragt sich unwillkürlich, ob die vom Ministerium bestellten Beamten denn auch wirklich den ihnen gestellten Aufgaben gewachsen sind. Fast will es scheinen, daß dem nicht so ist, denn wenn man sich vergegenwärtigt, daß es in der letzten Zeit angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der gestiegenen Wohnungsmieten immer und immer wieder **stundenlanger Verhandlungen** bedarf, um zu einer **Stundenloohnerhöhung** von 5 und 6 Pfennigen zu kommen, dann muß man schon sagen, den Leuten fehlt entweder das **Verständnis** für die Notlage der Arbeitererschaft oder sie handeln nach höheren Weisungen. Wenn man sich des **seinerzeit Aufsehen** erregenden **Briefwechsels** des Finanzministeriums mit dem Arbeitsministerium erinnert, liegt eine solche **Annahme** allerdings sehr nahe.

Am 11. April hatten wir mit dem

Verband Deutscher Buchbindereibesitzer

einen **Lohnstreit** im Reichsarbeitsministerium auszu-sprechen. Vergebens bemühten sich unsere Vertreter, dem „Unparteiischen“ klar zu machen, daß, nachdem im „Upi“ auf Grund freier **Bereinsbarung** 58 Pf. pro Stunde in der Spitze festgelegt sei, kein **Spruch** in Frage kommen könne, der unter 58 Pfennigen bleibe. Der **Unparteiische** entschied — und zwar allein für seine Person —, der **Spitzenlohn** beträgt 56 Pfennige.

Nach einer Mitteilung aus dem Reichsarbeitsministerium hat übrigens der **DDB**, den **Schieds-spruch** abgelehnt. Diese **Arbeitsbergeruppe**, eine der **rückständigsten**, die in unserer weitverzweigten **Industrie** aufzutreiben ist, hält diesen **Lohnsatz** demnach noch für zu hoch. Wenn diese Herren **Unternehmer** nur vier Wochen lang einmal mit dem **Lohn** eines **Buchbinders** fürlieb nehmen müßten, würden sie von ihrem **Wahn** bald geheilt sein.

Selbstverständlich ist dieser **samoje Schieds-spruch** auch von uns abgelehnt worden.

Am 14. April hat es im Reichsarbeitsministerium eine weitere **Verhandlung** gegeben, und zwar handelte es sich hier um einen **Lohnstreit** mit dem

Zentralverband Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten.

Wiederum dasselbe Spiel wie vordem. Die **Industrie** kann eine weitere **Erhöhung** der **Löhne** nicht tragen und die **Böhne** der Arbeitererschaft sind **durchaus** ausreichend, meinte einer der **Unternehmer**.

Schließlich endete auch dieser **Streit** damit, daß der **Unparteiische** einen **Schieds-spruch** für sich allein fällte, und damit alles recht hübsch **durcheinander** kommt und möglichst **systemlos** diebt, legt er diesmal einen **Spitzenlohn** von 55 Pf. in der Stunde fest. Das ganze nennt sich dann **unparteiisches Schieds-verfahren** vor dem Reichsarbeitsministerium.

Mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein

Ist es nunmehr endlich auch wieder zum Abschluss eines neuen Mantelvertrages gekommen. Der bisherige Vertrag war am 31. Dezember 1923 abgelaufen. Verhandlungen über einen neuen Vertrag verzögerten sich infolge der Differenzen im Buchdruckgewerbe bis in den Februar hinein. Am 19. Februar wurden das erstmalig Verhandlungen geführt, die aber zu keinem Ergebnis kamen, weil man in bezug auf die Lohnfrage sich nicht zu einigen vermochte. Neue Verhandlungen, die am 6. März stattfanden, endeten wiederum ergebnislos, weil auch hier wieder in bezug auf die Lohnfrage eine Einigung nicht zu erzielen war. Die Arbeitgeber hatten zwar in der Zwischenzeit ihre ursprüngliche Absicht, eine noch ungünstigere Spannung als wie im „Api“-Vertrag einzuführen, aufgegeben, hielten jedoch daran fest, daß der Spitzenlohn für Arbeiterinnen erst dann gezahlt werden sollte, wenn diese 21 Jahre alt seien. Eine solche Verschlechterung des bisherigen Zustandes konnten unsere Vertreter nicht in den Kauf nehmen und daher hatte es den Anschein, als wenn ein zentrales Vertragsverhältnis sich nicht mehr herstellen lasse. Unter dem 12. April haben nun aber auf Einladung der Arbeitgeberseite nochmals Verhandlungen stattgefunden, bei denen es gelang, zum Neuausschluss zu kommen. Der alte bisherige Vertrag wurde fast völlig wieder anerkannt. Darüber hinaus wurde in bezug auf die Frage der Arbeitszeit ein Abkommen getroffen, das wörtlich dem entspricht, was im Buchdruckgewerbe abgeschlossen wurde. Bezüglich der Frage der Ferien ist dieselbe Vereinbarung getroffen, wie sie im Buchdruckgewerbe für die Buchdrucker bzw. für das Hilfspersonal vereinbart wurde. In der Lohnfrage haben die Arbeitgeber ihren Widerstand aufgegeben und es bei dem Bestehen, was bisher war. Es werden also zukünftig die Lohnverhandlungen in Gemeinschaft mit den „Api“-Verbänden geführt und die Lohnabkommen des „Api“ werden dann Gültigkeit haben für die von diesem Vertrag betroffenen Personen.

Reichsverband der Buchbinder.

Am 9. April fanden in Rausheim Verhandlungen mit dem Reichsverband der Buchbinder, der seinen Sitz in M. Gladbach hat, statt, zum Zwecke des Anschlusses dieser Arbeitgebergruppe an das „Api“-Lohnabkommen. Der RV. ist seit Jahren Mitkontrahent am „Api“-Reichstarif und bis zum Februar d. J. hat er auch die Lohnabkommen, die mit dem „Api“ abgeschlossen wurden, entweder in persönlicher Verhandlung mit getätigt oder nachträglich unterschriftlich anerkannt. Erst seit einigen Wochen, nachdem im Unternehmerlager Differenzen entstanden sind, weigert er sich, die Lohnabkommen des „Api“ zu übernehmen. Um nun aber auch diesen Verband wieder zu veranlassen, sich dem „Api“-Vertrag zu unterstellen, fanden die oben erwähnten Verhandlungen statt. Die Vertreter des RV. erklärten unseren Vertretern, daß sie infolge der Differenzen mit den übrigen „Api“-Verbänden nicht in der Lage seien, zukünftig an den gemeinschaftlichen Verhandlungen teilzunehmen, daß sie aber andererseits nicht beabsichtigen, für ihre Mitglieder einen tariflosen Zustand herbeizuführen. Das derzeitige Lohnabkommen mit 58 Pfennig in der Spitze vermöchten sie nicht zu übernehmen, weil an zahlreichen Plätzen des Reiches dieser Lohnsatz erheblich über den Lohnsätzen der übrigen Berufe stände. Nach mehrmaligen Sonderberatungen erklärten sie sich letzten Endes bereit, für den Monat Mai in den Spitzenlohn von 58 Pfennigen einzutreten, während sie glaubten, für den Monat April noch 56 Pfennige in der Spitze zugesehen zu sollen. Im übrigen erklärten sie, daß sie nach Ablauf des Mantelvertrages im Anschluß an die Mantelverhandlungen mit dem „Api“ bereit wären, einen besonderen Mantelvertrag mit uns abzuschließen.

Die Vorschläge in bezug auf die Lohnfrage mußten unsere Vertreter in Rücksicht auf die daraus entstehenden Konsequenzen ablehnen und so wurden sich letzten Endes die Parteien dahin einig, die entstandene Differenz vor einem durch das Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schiedsgericht zur Entscheidung zu bringen. Das Reichsarbeitsministerium ist in der Zwischenzeit von uns angerufen worden. Termin über diesen Lohnstreit wird voraussichtlich in der Woche nach Ostern stattfinden.

Im Zusammenhang hiermit müssen wir bemerken, daß es uns ausgeschlossen erscheint, auf die Dauer mit all den zersplitterten Arbeitgebergruppen besondere Reichstarifverträge abzuschließen. Es dürfte sich daraus ein Zustand entwickeln, der für uns unerträglich ist und zu vollkommen unhaltbaren Zuständen führen muß. Der Ablauf der Mantelverträge mit allen Arbeitgebergruppen steht bevor, und bei dieser Gelegenheit werden die Vertreter unseres Verbandes eingehende Ermägungen darüber anstellen müssen, welche Wege zukünftig auf dem Gebiete der Lohnwesens einzuschlagen sind.

Berichtigung.

Bei der Errechnung der letzten Lohnabelle für die Stuis-Industrie haben sich einige Fehler eingeschlichen, da bei der Errechnung ein Teil der durch Schiedspruch vom 29. Februar d. J. getroffenen Veränderungen nicht berücksichtigt wurden. Es erhöhen sich die Lohnsätze der Facharbeiter in allen Ortsklassen im 1., 2., 3. und im 4. Jahre um je 1 Pf. in der Stunde

Der Arbeitsmarkt im März.

Nach den vorliegenden Berichten ist auch jetzt wieder gegenüber dem Vormonat eine erhebliche Besserung des Arbeitsmarktes eingetreten. Die Gesamtziffer der Arbeitslosen ist auf 6575 = 11 Proz. gegenüber 12 100 oder 19,4 Proz. im Vormonat gesunken, während die Zahl der Kurzarbeiter sogar um 10 300 oder 16,5 Proz. auf 2885 gleich 4,8 Proz. zurücksprang. Sehr wahrscheinlich ist jedoch, daß diese Besserung hauptsächlich auf die Vorarbeiten zur Reichstagswahl zurückzuführen ist und daher nur noch im April anhält, um im Mai dann wieder einer schlechten Konjunktur zu weichen.

Nach Geschlechtern getrennt waren von den Arbeitslosen 1680 = 8,9 Proz. männliche und 4895 = 12 Proz. weibliche Mitglieder, während auf die Kurzarbeiter 965 = 5,1 bzw. 1920 = 4,7 Proz. entfielen. Insgesamt ist die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter von 22 400 = 35,8 Proz. auf 9460 = 15,8 Proz. gefallen.

Durch das Zurückgehen der Arbeitslosen zeigt sich allmählich auch ein klares Bild über den Mitgliederstand, der nunmehr 59 700, darunter 40 760 weibliche beträgt. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Mitgliedern hat sich seit dem März des Vorjahres sehr zugunsten der männlichen verschoben. Damals hatten wir 26 Proz. männliche und 74 Proz. weibliche, heute sind es 32 bzw. 68 Prozent.

Volk und Menschheit.

Zwei Punkte sind es, deretwegen die freien Gewerkschaften seit Jahrzehnten bekämpft werden: Weil sie den entschiedenen Kampf gegen den Kapitalismus vertreten und internationalen Kampfscharakter haben.

Daß die Gewerkschaften mit dieser ihrer Stellung in einen Gegensatz zum Denken all der Jahrhunderte getreten sind, ist gewiß. Die ganze Geschichte ist Dynastiegeschichte und Nationalgeschichte durch die Dynastien gewesen. Da bedeutete das Aufstehen des internationalen Gedankens in der Arbeiterschaft eine revolutionäre Tat. Aber daraus, daß es sich um eine neue Idee handelt, ergibt sich noch nicht das Fehlen einer Berechtigung zu einer solchen neuen Auffassung vom Dasein.

Das Proletariat ist sogar stolz auf dieses sein internationales Brudergefühl und es kann einfach nicht geleugnet werden, daß auch die größten Geister des Menschengeschlechts diesen Menschheitsglauben vertreten haben. Der berühmte Virchow, der Naturwissenschaftler, sagte: „Wenn ich die gesamte Geschichte der Menschheit übersehe, kann ich mich der Vorstellung nicht entschlagen, daß wir alle wirklich Brüder bzw. Schwestern sind. Das gilt selbst von Schwarzen und Gelben, vollends von der uns zunächst stehenden weißen Rasse.“ Und in diesem Sinne begriffen ja auch Lessing, Herder, Kant und Schiller die Humanität, das Wachsen zur Menschheit und zum Menschentum als den tiefsten Wesensstern der Geschichte.

Danach ist das internationale Gefühl nicht ein verschwommenes Wahngelbde, sondern es ist eine

ganz klare, logische, wissenschaftliche Erkenntnis, deren Verwirklichung zu einer sittlichen Pflicht wird. Es gibt keinen höheren sittlichen Gedanken als den Menschheitsgedanken. Damit löst die Arbeiterschaft nicht die Bande, die es an seine Volkart fesselt. Jedes Volk hat seine Wesensart, die ein Recht auf Freiheit und Entfaltung hat, und Menschheit ist die Harmonie solch freier Völker.

Aber daß die Harmonie von freien Völkern werde, dafür ist der Klassenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus eine wesentliche Voraussetzung. Der Kapitalismus dient weder dem Volk noch der Menschheit. Er dient nur sich selbst. Er wirkt darum zersetzend sowohl für Volk wie für Menschheit.

Wenn das Proletariat durch den gewerkschaftlichen Kampf der kapitalistischen Macht entgegentritt, dann trifft es also nicht das Volk, sondern die volksfeindliche Macht des Dammon. Der Freiheit des Volkes dient das Proletariat vielmehr mit seinem Kampfe.

Was ist denn unseres deutschen Volkes Wesensart? „Das ist nicht des Deutschen Größe, abzusiegen mit dem Schwert!“, sagte Schiller. Und Richard Wagner, der deutsche Meister, sprach von der Anlage der Deutschen, nach der sie „zwar nicht zu Herrschern, wohl aber zu Berebern der Welt bestimmt sein dürften“. Und handeln wir denn nicht nach diesen Grundfäden dieser wahrhaft deutschen Meister und Dichter, wenn wir dem Volke durch unseren Kampf Zeit und Ruhe ertämpfen, was wir den Boden des friedlichen Wachstums erstreben? So ist der freigewerkschaftliche Kampf nichts Zersetzendes, sondern er trägt einen aufbauenden Wert in sich. Er dient der Freiheit von Persönlichkeit und Volk und damit der Harmonie der Menschheit. Er ist damit die Tat, die die tiefste Verittlichung und Verinnerlichung des Daseins in ihrem notwendigen Gefolge hat.

Wie sich die Unternehmer die Hände reiben,

zeigt folgende Mitteilung eines unserer Mitarbeiter über eine belauschte Unterhaltung:

„Ich hatte in einer Arbeiterversammlung gesprochen und stieg, noch ganz von dem Erlebnis dieses Abends erfüllt, in den Hamburg-Frankfurter Schnellzug, um nach Hause zu fahren. Da brachte mich die Wirklichkeit in eine so ganz andere geistige Welt. Zwei ganz rechts stehende Mitmenschen sprachen da über die Arbeiter. Der eine war aus der Industrie und im Kriege Seesoffizier; von dem anderen konnte ich über seine soziale Herkunft nichts erfahren, doch stand er genau so rechts. Und was sprach man über die Arbeiterschaft? Sie war eine erledigte Masse. „Ja, früher,“ so sagte der Mann aus der Industrie, „da waren uns die Arbeiter eine Gefahr. Da waren sie ein wirtschaftliches Heer voll Disziplin und Schlagkraft, mit dem man rechnen mußte. Aber jetzt ist die Gefahr vorüber. Die Gewerkschaften bersten auseinander, und was sich da neu bildet, sind nur Haufen, die keine Bedeutung mehr für uns haben. Die Gefahr, die die Arbeiterschaft mit dem großen Wachsen der gewerkschaftlichen Organisationen immer mehr zu werden drohte, ist vorüber.“

Wir glauben, dieser eine Ausdruck, der da fiel, als man sich allein ergabte, spricht Bände.

Nehe Licht in die Stätten der Arbeit

So hat so mancher Proletarier schon so lange gerufen. Aber, für das Verlangen nach gesundheitslichen Verhältnissen hat der Kapitalismus keinen Sinn und kein Verständnis. Und so ist Deutschland auf diesem Gebiete hinter Amerika weit zurück. Da hat das Unternehmertum schon seit Jahren Untersuchungen über die Produktionserhöhung durch bessere Beleuchtung der Räume angestellt und festgestellt, daß die Mehrausgaben sich rentieren. Und weil es sich rentiert, nur deshalb hat man den Arbeitern schilere Räume zur Arbeit geboten als bei uns. Diese ökonomische Erkenntnis wird auch bei uns nach und nach helle Arbeitsstätten schaffen. Von einem Recht auf Licht und einem großen sittlichen und kulturellen Gedanken bei der Arbeit weiß ja der Kapitalismus nichts.

Das moderne Trudsystem.*)

Die ersten Zustände der Arbeiter haben sich nicht nur gegen die niedrigen Löhne gerichtet, sie waren auch eine Aufsehung gegen das System der Lohnzahlung, welches damals üblich gewesen ist. Der Arbeiter des Mittelalters, ob er nun Geselle oder Knecht gewesen ist, wurde durch den Arbeitgeber mit Kost und Wohnung versorgt. Diese Naturalleistungen bildeten einen Teil des Lohnes, sie waren, da sie nicht kontrolliert werden konnten, für den Arbeitgeber meist ein Mittel, die Löhne willkürlich zu regeln. Die Zünfte haben sich wohl bemüht, auch die Naturalleistungen des Arbeitgebers zu verbessern und durch Verordnungen zu beeinflussen, aber als die Macht der Zünfte nach dem 30jährigen Krieg gebrochen war, gab es niemand, der die Arbeitgeber verpflichtet hätte, die Naturalleistungen den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Und als die Maschine den Arbeitsmarkt von jeder Regelung befreite, war die Naturalleistung nur mehr eine Quelle der vermehrten Ausbeutung. Die Textilindustrie, die damals die einflussreichste der Industrien gewesen ist, und vor allem die war, die die Maschine am raschesten an die Stelle des Handwebstuhles zu setzen vermochte, hat nun versucht, die Naturalleistungen auch bei dem neuen Arbeitsoverhältnis aufrechtzuerhalten, und die Löhne wurden sowohl in England, als auch in Deutschland von den berichtigten Zwischenmeistern, in Deutschland Faktoren genannt, in Lebensmitteln ausgezahlt, die meist sehr teuer angerechnet wurden und deren Qualität in der Regel sehr schlecht war. Aus dieser Form der Lohnzahlungen sind nicht nur die ersten gewerkschaftlichen Kämpfe entstanden, sondern auch die Idee der Versorgung durch die Genossenschaftliche Selbsthilfe wurde vor allem aus der Erkenntnis geboren, daß die Form der Entlohnung eine der maßgebendsten Formen der Ausbeutung ist.

Den gewerkschaftlichen Kämpfen ist es gelungen, dieses Trudsystem aus der Welt zu schaffen und die Arbeiter zu reinen Goldhempfangern zu machen. Es ist immer ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse, wenn sie sich die Freiheit, zu kaufen und jene Dinge zu kaufen, die ihr gefallen, einschränken und sich verpflichten muß, die Ware zu nehmen, die man ihr gibt. Deshalb war der Kampf der Gewerkschaften gegen jede Form des Trudsystems eine der wertvollsten Aufgaben, die sie zu lösen hatte. Um so bedauerlicher ist es, daß jetzt die Vereindung der Arbeiterklasse zu Erscheinungen führt, die eine Bedrohung dieser persönlichen Freiheiten mit sich bringen können und in einzelnen Teilen des Reiches schon mit sich gebracht haben. Unsere Ausführungen sollen kein Vorwurf sein, sie sollen nur zeigen, wie gefährlich es ist, wenn die Not des Lebens die Arbeiter zwingt, solche Formen wieder lebendig werden zu lassen, die sie selbst einmal durch die schwersten Kämpfe verhindert haben.

Die ungeheure Geldentwertung hat zu einer kaum vorstellbaren Entwertung des Lohnes geführt. Man konnte nicht einmal mehr Brot kaufen und die Verzweiflung hat jedes Mittel ergreifen lassen, das sich bot, um der Not und dem Hunger zu entgehen. Diese Verhältnisse haben — namentlich im Ruhrgebiet — zu Erscheinungen geführt, die die Mehrheit der Bevölkerung unterstützungsbedürftig werden ließ. Das hat zuerst die französische Besatzungsbehörde veranlaßt, zu versuchen, die Geschäfte ihrer nationalen Propaganda für ein freies und selbständiges Rheinland in die Form von Vorkäufen für Lebensmittel zu kleiden, die von besonders errichteten militärisch geleiteten „Cooperativen“ feilgeboten wurden und von keinem deutschen Kaufmann konkurrenzieren konnten. Dieses Beispiel ließ die Unternehmer nicht ruhen. Sie erreichten zuerst die Zustimmung der Besatzungsbehörden, daß ein Teil des Lohnes in jenen Gruben, die Kohle für die Franzosen fördern, in Lebensmitteln ausgezahlt werden könnte. Wie immer, wenn es gegen die Arbeiter geht, war der Stinneskonzern der Schrittmacher für diese neue Form der Ausbeutung. Es wurde den Arbeitern mitgeteilt, die Firma hätte, um die Stilllegung der Werke zu verhindern, einen Kredit im Ausland aufnehmen müssen. Das Geld für diesen Kredit hätte die Firma nur unter der Bedingung erhalten, daß

sie einen Teil in der Form von Lebensmitteln übernehme, die sie nun nicht anders verwenden könne, als diese zur Lohnzahlung zu benutzen. Sie werde deshalb die Lebensmittel anfast 25 Proz. des Lohnes ausgeben. Die Preise dieser Lebensmittel, die die Firma doch aus der ersten Hand haben muß, waren aber ebenso hoch wie die im privaten Handel und die Firma macht dabei ein doppeltes Geschäft. Sie erspart Lohn und sie verdient den Zwischengewinn. Ja, die Konsumgenossenschaften haben sehr oft sogar niedrigere Preise gefordert, als die sind, die die Arbeitgeber verlangten. Trotzdem mußten die Arbeiter die teuren Preise der Unternehmer zahlen, denn sie hatten nicht mehr die Freiheit, dort einzukaufen, wo sie wollten und wo es für sie nützlich ist. Sie mußten nehmen, was die Unternehmer ihnen diktierten. Dadurch steigerte sich die Ausbeutung ins Maßlose. Das Schöne aber ist, die Unternehmer zahlen, weil ihre Einrichtungen „Wohlfahrtseinrichtungen“ sind, keine Steuer, haben demnach den großen Vorteil, daß sie allen steuerlichen Lasten entgehen und trotzdem höhere Preise verlangen können, als die Konsumvereine und die privaten Händler. Ja, Stinnes verlor das Ausbeuten.

Die deutschen Unternehmer sind nun befreit, aus diesen Maßnahmen dauernde Einrichtungen zu machen. Wie verlautet, will die Firma Siemens-Schuckert in Berlin 40 Lebensmittelgeschäfte eröffnen, die ihren Arbeitern und Angestellten den Lohn in Lebensmitteln ausfolgen. Was damit bezweckt wird, ist oben gesagt, es wird erhärtet durch den Ausspruch eines Unternehmers, der da sagte: „Wenn wir Häuser für die Arbeiter bauen wollen, dann wollen wir in den Häusern die Herren sein, dann wollen wir dort machen, was wir wollen und uns nicht von sozialdemokratischen Gemeinden vorschreiben lassen, wer dort wohnen darf und wer dort nicht.“ Die Herren werden niemals solche Einrichtungen, die sie Wohlfahrtseinrichtungen nennen, schaffen, ohne dabei zu versuchen, das Geschäft ihrer Ausbeutung zu verbessern.

Heute ist der Kampf zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, zwischen dem Kaufmann und dem Konsumenten so scharf, daß jedes Mittel benutzt wird, um den Arbeiter und Angestellten um die großen Früchte seiner Arbeit zu bringen. Deshalb müssen die Arbeiter erkennen, wie notwendig es ist, daß sie ihre Versorgung selbst in die Hand nehmen. Keine Form des Trudsystems darf mehr geduldet werden. Wir müssen alles tun, damit außerhalb des Betriebes vollständig freie Menschen sind, wenn wir heute noch nicht erreichen können, daß wir selbst die Betriebe verwalten und dadurch auch im Betrieb die freien Menschen werden, die wir werden wollen. Dazu gehört aber auch, daß wir nicht auf dem Umweg über den Wareneinkauf beim privaten Händler das private Kapital stärken helfen. Wir müssen vielmehr die Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft, die Konsumgenossenschaften, stützen und fördern. deren Zweck und Ziel liegt in der Loslösung vom Druck des privaten Handelskapitals.

Die Gewerkschaften und die Wahlen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich mit einem Aufruf an die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands gewandt (Nr. 13 der „Buchbinder-Zeitung“). Wie notwendig diese Mahnung an das Proletariat heute ist, zeigen uns die antiken Feststellungen über die Wahlbeteiligung. Danach beträgt die Wahlbeteiligung bei der ersten Reichstagswahl nach 1870 in Preußen nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung. Sie stieg dann mehr und mehr, und vor dem Kriege erreichte die Wahlbeteiligung bereits rund 85 Proz. Man sollte nun meinen, daß der Krieg den politischen Sinn schärfte. Aber das Gegenteil ist der Fall, denn 1919 war die Wahlbeteiligung geringer, und noch geringer war sie 1920; sie betrug nur 79,2 Proz. im Reiche. Danach ist die Wahlbeteiligung 1920 gegen 1912 im Reiche um 5,7 Proz. gesunken!

Wie wird die Beteiligung nun bei den bevorstehenden Wahlen, von denen alles abhängt, sein? Die Wahlen in Thüringen und Mecklenburg zeigten eine höhere Wahlbeteiligung, doch die Betriebsräte-wahlen im Reiche leider im allgemeinen eine nur zu geringe Beteiligungsziffer. So war die Wahlbeteiligung z. B. bei den wichtigen Betriebsratswahlen

im Ruhrgebiet jetzt nur 78,3 Proz. Wenn man dieses Ergebnis mit der Zunahme der Wahlbeteiligung in Thüringen und Mecklenburg vergleicht, dann liegt die Vermutung nahe, daß im Proletariat eine Wahlmüdigkeit eingetreten ist, während das Bürgertum alles auf die Beine gebracht hat.

Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hat darum nicht nur die Pflicht, durch seine Wahlbeteiligung selbst für die Ziele der Gewerkschaften einzutreten, sondern auch jeden Arbeitsgenossen und alle Frauen zur Abgabe des Stimmzettels zu veranlassen.

Werks- und Haustarife.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ ist von den neugegründeten nationalen Berufsverbänden, die sich den großen, freien oder christlichen Organisationen entgegenstellen, entzückt. „Vorwiegend Werks- und Haustarife sind die Forderungen des nationalen Verbandes. Diese haben die Erkenntnis, daß für die Regelung der Lohn- und Gehaltsfragen nicht die Macht irgendwelcher Verbände entscheidend ist, sondern der Stand der Volkswirtschaft und der in ihr vorhandenen Unternehmungen.“ Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ rügt die Einstellung der freien Gewerkschaften auf rein materielle Werte und Strebungen. Man ist erstaunt, wieviel moralisches Pathos für die Vertretung der Idee des Wertvertrages aufgebracht werden kann, wech hohe Töne der Begeisterung und der stillen Hebung die „Deutsche Arbeiterzeitung“ findet.

Wir möchten nur ganz nüchtern die „Arbeiterzeitung“ fragen: 1. Würden sich die Unternehmer dort, wo Wertverträge geschlossen werden, von den großen Unternehmerverbänden freimachen, damit nicht „die Macht irgendwelcher Verbände entscheidend sein soll“? 2. Die Einstellung auf rein materielle Werte und Strebungen, so bedauerlich sie ist, hängt bei dem Arbeiter mit seinem Notstand, beim Unternehmer aber mit dem Profit zusammen. Werden die Unternehmer in der Zukunft auf „materielle Strebungen“, das heißt auf Vermehrung ihrer Profite verzichten? 3. Werden die „idealistischen Bestrebungen“ der Unternehmer den Arbeiter beim Abschluß des Wertvertrages schützen? Wird nicht vielmehr der Arbeiter, der übrigens besonders in den kleinen Betrieben die Lage des Arbeitsmarktes gar nicht zu überblicken vermag, dem Unternehmer völlig ausgeliefert werden?

Stellt man die Fragen so einfach und nüchtern, so wird sich bald ergeben, daß die Werks- und Haustarife, so wie diese die „Deutsche Arbeiterzeitung“ vertritt, allein dazu dienen werden, die Macht und die Profite der Unternehmer zu steigern.

Halte Treue!

Hat es jemals in der Welt Kämpfe gegeben ohne Niederlagen? Ob es sich um politische oder wirtschaftliche oder geistige Kämpfe handelt, es war stets ein Auf und Ab, ein Hin und Her. Nur die große Linie der Welt geht aufwärts. Und der trägt auch in der Niederlage diese geistige Linie des Sieges in sich, der da fest von dem Glauben an den Sieg durchdrungen ist.

Vielen nüchternen Menschen von heute fehlt leider zu sehr dieser große Glaube. Das Leben mit seinen Sorgen läßt immer nur Stücke und Fetzen des Lebens und Teile des Komplexen sehen, statt aus einer großen umfassenden Auffassung heraus all das Kleine, ob's gut oder schlecht, einzufügen in den einen großen Glauben an die Zukunft, der das eigentliche Kernstück alles gewerkschaftlichen Ringens ist.

Wer an die Zukunft glaubt, der verrennt sich nicht in unaussprechlichen schweren wirtschaftlichen Augenblicken wie in Sackgassen, die den Blick versperren. Der besitzt die Zähne zusammen und schaut mit stolzem Auge vorwärts, trotz alledem. Der trägt in seiner Brust das Weltgeschick. Der wächst an Kraft und Größe. Der wächst zum Bewinger der Welt.

Wer wie ein Halm im widrigen Winde hin und her schwankt, der ist kein Kämpfer, mag er sein, wo er will. Nur knorrige Eichen halten Stand. Sie bieten Trost. Sie sind die Kraft und der Sieg.

Die gewerkschaftliche Treue ist der lebendige geistige Saft, der der Organisation diese Kraft des Trostes und des Sieges gibt.

*) Aus einer Abhandlung von Emmy Freundlich in der Wiener Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“.

Wer den Schaden hat . . .

Die Förderung der Sozialpolitik ist überall in der Welt eine Angelegenheit des Staates. In allen Ländern, selbst wo sich der Staat von der Wirtschaft fernhält, werden die sozialpolitischen Schutzbestimmungen und Einrichtungen vom Staat eingeleitet und bestimmt, wenn auch die Verwaltung dieser Einrichtung oft autonomen Körperschaften überlassen wird.

Jetzt läßt Professor Hertner, der im vorigen Jahr gegen den Achtfundentag losgezogen ist, gegen die staatliche Sozialpolitik überhaupt Sturm. Er möchte — in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ — die Sozialpolitik auf der Basis der freien Selbstverwaltung der Beteiligten aufbauen. Die Widerinnigkeit dieses Standpunktes verdeckt er dadurch, daß er Sozialpolitik mit Staatssozialismus fortwährend und absichtlich vermengt. Er und seine Gefolgschaft seien nie für „Staatssozialismus“ gewesen, was daraus hervorgeht, daß sie nie so weitgehende sozialpolitische Reformen, wie zum Beispiel „Abföhrung der Arbeitszeit“, verlangt hätten. Selbst die wörtlichen „Staatssozialisten“ haben ihm zufolge die staatliche Regelung der Arbeitsbedingungen von zwei Voraussetzungen abhängig gemacht: einmal davon, daß sich der Staat auf die gemeinnützigen Betriebe oder die infolge großer Verelendung zur Selbsthilfe untauglich gewordenen Schichten der Arbeiterklasse beschränke. Die zweite Annahme war, daß nur eine starke monarchistische Gewalt befähigt ist, sozialpolitische Aufgaben zu übernehmen. Man würde es kaum glauben, daß ein ehemaliger Sozialpolitiker so etwas schreiben kann. In seiner Verblendung geht er so weit, doch er sogar die Regelung der Erwerbslosenfürsorge durch staatliche Maßnahmen mißbilligt.

Seine Angriffe gegen die Sozialpolitik der Nachkriegszeit zeigen aber, daß er alles, was seit dem Krieg auf sozialpolitischem Gebiet geschah — vor allem den Achtfundentag und die Einführung der Betriebsräte — verurteilt. Dagegen bezeichnet er das Zustandekommen der Arbeitsgemeinschaft 1918 als Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeitgeber- und Arbeiterverbände. Professor Hertner kennt die Bedingungen, ja er zählt sie in seinem Aufsatz auf, die der Arbeitsgemeinschaft zugrunde lagen. Der Achtfundentag und die Anerkennung der Arbeiterausschlüsse gehörten zu diesen. Freilich wurden sie „erst unter dem Eindruck der Staatsumwälzung von den Arbeitern durchgesetzt“. Professor Hertner erklärt, der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände getragenen Sozialpolitik weit näher zu stehen, als den Forderungen der Gewerkschaften. Bedeutet das nicht die vollkommene Preisgabe einer Sozialpolitik?

Wie es überhaupt mit dieser von den Unternehmern getragenen Sozialpolitik bestellt ist, davon können in erster Linie die Sozialrentner ein Lied singen, denn einer der traurigsten Kapitel neuerzeitlicher bürgerlicher Sozialpolitik ist die skandalöse Behandlung derselben. Als im vorigen Jahre die katastrophale Geldentwertung einsetzte, konnte man nicht umhin, die färglichen Bezüge der Sozialrentner von Zeit zu Zeit einer kleinen Aufwertung zu unterziehen. Dies geschah aber nicht bei den Bezügen der Unfallrentner, die nur 10 bis 15 Proz. der Vollrente betragen. Gerade die winzigen Bezüge, die in erster Linie eine Aufwertung nötig gehabt hätten, ließ man bei der Papiermarkbewertung, und bis in die neueste Zeit bestand der skandalöse Zustand, daß die Berufsgenossenschaften die Auszahlungen dieser kleinen Renten weiter vornahmen, obwohl sie tatsächlich nicht den geringsten Zweck hatten, sondern den armen Teufeln von Unfallrentnern nur unnötigen Zeitverlust und Ärger verursachten. Oder soll ein Unfallrentner es nicht als blutigen Hohn empfinden, wenn ihm von der Berufsgenossenschaft der Bescheid wird, daß seine 10prozentige Dauerrente auch über den 1. Oktober 1924 hinaus gezahlt und die rückständige Rente im aufgerundeten Betrag von einer Milliarde, ebenso die laufende Rente vom 1. August ab mit vierteljährlich einer Milliarde Mark zur Auszahlung angewiesen sei?

Diese Verhöhung von kleinen Unfallrentnern, die man auffordert, sich Beträge von ein oder zwei Zehntel Groschemigen von der Post zu holen, die die Post in Wirklichkeit gar nicht ausahlt und nicht auszahlen kann, wurde von den Berufsgenossenschaften mancherorts betrieben, ohne daß irgendeine beamtete Stelle ein Wortwort sprach. Gewissenhaft funktionierte der bürokratische Apparat der Berufsge-

nossenschaften und verbrauchte so die Gelder, die den Rentnern zustieken sollten! Woche der Unfallrentner zusehen, was er mit seiner Milliarde Papiermark machen konnte, die Bureauratie hatte jedenfalls ihre „Pflicht“ erfüllt und dem Rentner seine „Rente“ angewiesen. Das sind die Idealzustände eines Sozialpolitikers vom Schlage des Prof. Hertner.

Endlich, am 21. März 1924, hat sich der Arbeitsminister aufgerufen und auf Grund des Ermächtigungsgesetzes angeordnet, daß bei der Auszahlung von solchen Zwergrenten diese auf den Betrag von einer Goldmark aufgerundet werden müssen. Dadurch erhält, wie eine offiziöse Mitteilung dazu bemerkt, „das Zahlungsgeschäft wieder seinen wirtschaftlichen Sinn, ohne daß damit — werde nicht zu üppig, kleiner Rentner! — „eine Zulagenberechtigung der Zwergrenten ausgesprochen ist“. Weiter wird mitgeteilt, daß dem neuen Reichstag ein Gesetzentwurf zu gehen wird, der die Ablösung der kleinen Renten vorseht und zugleich eine Vorlage angekündigt, die die Unfallrente wieder besser dem wirklichen Verdienste des Verletzten anpaßt und die Abfindungsmöglichkeit und Unfallverhütung stärker zur Geltung bringt.“

Das Reichsarbeitsministerium gesteht hier also selbst zu, daß die Unfallrente in ihrer jetzigen Höhe ungenügend ist. Man vertritt nun die Unfallrentner auf den neuen Reichstag, obwohl man es auf Grund des Ermächtigungsgesetzes schon jetzt in der Hand hätte, den Unfallrentnern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Wägen die Unfallrentner nicht nur, sondern auch alle Arbeiter aus der oben bezeichneten Haltung bürgerlicher „Sozialpolitik“ die richtige Nutzenwendung ziehen und bei den Reichstagswahlen Sozialdemokraten wählen, die stets für menschenwürdige Entschädigung der Sozialrentner eingetreten, aber bei den entscheidenden Abstimmungen in der Minderheit geblieben sind. Die Arbeiterschaft hat es bei den Reichstagswahlen in der Hand, aus dieser Minderheit eine Mehrheit zu machen.

Berichte.

Bielefeld. Zu einer Konferenz der Bezirkszahlstelle Bielefeld hatte die Ortsverwaltung zum 11. April eingeladen. Vertreten waren die Orte Bielefeld, Herford, Drafe, Offersloh und Salzgitter; vom Gewerkschaftsbund Kornader-Hannover anwesend. Prof. Bielefeld begrüßte die Erklärenen, besonders die Salzgitter Kollegen, die vom Fabrikarbeiterverband zu uns übergetreten sind. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Kof erstattete, war zu ersehen, wie ungeheuer schwer die gesamte Volksgenossenschaft durch die Inflation gelitten hat. Nahezu 70% der Mitglieder sei arbeitslos gewesen oder habe verarmt gearbeitet. In Herford habe nahezu alles still gelegen, und so mancher Fabrikant habe gestaunt, seine Zeit sei gekommen. Aber auch die Organisation habe bewiesen, daß auch sie noch da sei. Erstrecklicherweise ist es durch den Opfermut unserer Funktionäre gelungen, das Schiff der Organisation durch alle Stürpe zu steuern. Bergauf geht es nunmehr wieder innerhalb unserer Zahlstelle und hoffentlich auch unserer Gesamtorganisation. 1000 Mitglieder sind wieder vorhanden. Arbeitslose innerhalb unseres Berufes sind nicht mehr da; ebenso wird überall voll gearbeitet. Jedenfalls ein Zeichen wirtschaftlicher Gesundung unserer Branchen am Ort. Die Ortsverwaltung hat einstimmig beschlossen, für die Mitglieder der 5. und 6. Beitragsklasse die Verbandszeitung obligatorisch einzuführen. Vorwärts trotz allen Glens, das müsse auch für die Zukunft unsere Lösung sein.

In der Diskussion sprach Kornader seine Freude darüber aus, daß innerhalb der Zahlstelle so gute Fortschritte gemacht seien. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kornader über die „Aufgaben der Arbeiterklasse“. Rechner verstand es, in einem gut aufgebauten Vortrage alles das zu sagen, was für uns als Arbeiter von Nutzen ist. Er appellierte besonders an die Anwesenden, bei den kommenden Wahlen alle Kraft einzusetzen. Im zustimmenden Sinne sprachen noch die Kollegen Stilling-Salzgitter und Lüttemeyer und Prof. Bielefeld.

Hergt hatte es übernommen, den Anwesenden die Beschlüsse des Rates schmacht zu machen. Beitrags-erhöhung ist ja leider für einen großen Teil unserer Mitglieder eine unangenehme Sache, aber einmütig stellte sich die Konferenz auf den Boden der Beschlüsse des Rates. Gest der Organisation die Mittel, dann kann sie wirken. So sang es aus allen Reihen heraus. Einstimmig aber wurde gewünscht, daß, so sehr man die Einführung der vom Rate beschlossenen Unterstützungen begrüße, die Krankenunterstützung nicht wieder eingeführt werden möge. Beim Punkt „Tarifliches“ ging Hergt auf die verschiedenen tariflichen Fragen ein. Einmütig wurde

das letzte Lohnabkommen als ungenügend abgelehnt. Man ist der Ansicht, daß unsere Tarifvertreter es doch lieber zu einem Schiedsspruch hätten kommen lassen sollen. Die Höhe im Buchbinderarif für junge ausgemerkte Geblissen sind viel zu niedrig, ebenso sei die ungeheure Spannung zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern im Kartonnagerarif auf die Dauer nicht zu ertragen.

Damit hätte die Tagung ihr Ende erreicht. Prof. schloß diese mit dem Wunsche, daß von dieser Konferenz ein neuer Geist bei unseren Mitgliedern einziehen möge und bat die Anwesenden, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß am Wahltag die Arbeiterschaft mit einem Siege aus dem Wahlampfe hervorgehen möge.

Achtung Liniierer!

Liniierer, die nach Leipzig in Arbeit gehen wollen, haben unter allen Umständen Erkundigungen bei dem dortigen Bevollmächtigten einzuziehen, da noch Arbeitslose am Orte vorhanden sind.

Literarisches.

Eine wissenschaftliche Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung. Von allen vorwärtsstrebenden Gewerkschaftlern, vor allem auch den Vorständen und Funktionären, ist es oft als ein Mangel empfunden worden, daß der großen gewerkschaftlichen Massenbewegung zur Fort- und Durchbildung der gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Gedankenwelt ein über Tagesswert und Tagesstempel stehendes wissenschaftliches Organ blüher fehlte. Diesem fühlbaren Mangel wird nunmehr abgeholfen werden. Ab 1. Mai wird unter Leitung des Genossen Jwing in Jena unter dem Titel „Gewerkschafts-Archiv, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung“ eine wissenschaftliche Monatschrift erscheinen. An Mitarbeitern werden neben Theoretikern und Praktikern der Gewerkschaftsbewegung zunächst noch genannt: Dr. Flatau, Dr. Einzheimer, Clemens Körpel, Dr. Alfred Braumthal, Dr. Engelbert Graf, Reg.-Rat Robert Fette, Albert Stranold, Prof. Dr. Rabe, Dr. Falkenberg, Dr. Martin Wagner, Anna Geyer, Elise Kiewera, S. Kaufhäuser. Der uns vorliegende Prospekt sagt, daß das „Gewerkschafts-Archiv“ der Vertiefung wirtschaftlichen und sozialen Wissens, der Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens dienen und dazu beitragen soll, einen tüchtigen gewerkschaftlichen Funktionär und Führerjann herauszubilden, der befähigt ist, die aufgeworfenen großen Zeit- und Zukunftsprobleme der Gewerkschaften zu überblicken, zu erfassen und fortzuentwickeln, um sie schließlich im Sinne der sozialistischen Gedankenwelt einer Lösung entgegenzuführen. — Der Bezugspreis des 50. Heftigen Heftes ist auf 75 Pf. festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Arbeiter- und Volksbuchhandlungen entgegen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen nunmehr in

Beitragsklasse	I		II		III		IV		V		VI	
	Bf.	Pf.	Bf.	Pf.	Bf.	Pf.	Bf.	Pf.	Bf.	Pf.	Bf.	Pf.
Bremen	5	5	5	5	10	10	10	10				
Dortmund	5	10	10	10	10	15	15*					
Eisenach	5	5	5	5	5	5	5					
Hannover	—	5	5	10	10	15*						
Karlsruhe	—	5	5	5	10	10	10					
Kaufbeuren	5	5	5	5	5	5	5					
München	5	5	5	5	10	10	15*					
Neuwied	5	5	5	10	10	20	20*					
Sonneberg	5	5	5	10	10	10	10					
Gau Hannover												
Einzelmitglieder	5	5	5	5	5	5	5					
Gau Württemberg u. Baden												
Einzelmitglieder	5	5	10	10	10	10*						
Gau Südbayern												
Einzelmitglieder	5	5	5	10	10	10	10					

* Einschließlich Beitrag für „Buchbinder-Zeitung“.
** Aktordarbeiter zahlen in Beitragsklasse VI 20 Pf. Lokalbeitrag.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Eisenach. B.: H. Schaltenberg, Nordstr. 12 p.
K.: G. Heuermann, Amrathr. 37 II.
Kaufbeuren. B.: S. Jungblut, Oberbeuren Nr. 72.
K.: F. Wittermeier, Kaufbeuren, Neue Gasse 8.
Dudenwabe. B.: P. Schulz, Petrikirchstr. 2.
K.: P. Lehmann, Feldstr. 9 II.

Der Verbandsvorstand.